[illegible]

Schlesische

# Arbeiter-Zeitung

[illegible]

Montag, 15. Mai 1922

[illegible]

# Die russische Antwort.

Die mit großer Spannung erwartete russische Antwortnote ist überreicht.

Sowjetrußland hat zwar aus Staatsrücksichten große Konzessionen gemacht, verficht aber selbstbewußt die Interessen des russischen und dadurch des internationalen Proletariats. Jedes Ansinnen einer Einmischung in die inneren Staatsangelegenheiten Rußlands, in die Souveränität des Proletarierstaates weist die Note zurück. In ihrer Argumentation schlägt sie die Ententediplomatie mit ihren eigenen Waffen; indem sie sich auf die Canner Beschlüsse und das ursprüngliche Programm der Konferenz — die mit einem ganz anderen Zweck zuletzt von Benesch zusammengefaßt wurden — hinweist.

Ueber die Aufnahme der Note liegt nachstehende Aeußerung des Pressechefs der englischen Delegation vor:

Heute abend äußerte sich der Privatsekretär Lloyd Georges, Sir Edward Grigg, englischen Journalisten gegenüber bezüglich der russischen Antwortnote wie folgt: Es ist noch zu früh, um ein endgültiges Urteil abzugeben. Im gegenwärtigen Augenblick hält die Delegation des britischen Reiches unter Teilnahme der Vertreter der Dominions eine Sitzung ab und prüft das Dokument. Im ersten Teil der Antwortnote findet man eine ziemlich lebhafte Polemik, wie sie den russischen Gewohnheiten entspricht und die Verhandlungen beinahe unmöglich macht. Die eigentliche Antwort findet man erst beim Weiterlesen an der Stelle, wo die Russen darauf hinweisen, daß sie sehr schwere Verpflichtungen übernehmen wollen, ohne dafür etwas anderes zu erhalten, als ungewisse Kreditversprechungen. Die Russen wollen, bevor sie annehmen, wissen, welches die Höhe der Leistungen ist, die sie übernehmen sollen und welches die wirklichen Kredite sind, die sie erhalten sollen. Es gibt aber in der Antwort eine Stelle, die sehr befriedigend ist, nämlich die, wo Rußland seinen Wunsch nach Frieden kundtut und sich bereit erklärt, Teilhaber eines Weltfriedenspaktes zu werden. Alles, was ich gesagt habe, ist nur der erste Eindruck, ein abschließendes Urteil zu fällen ist erst nach geraumer Prüfung möglich. Uebrigens muß in Betracht gezogen werden, daß davon nicht die Rede sein kann, daß die Antwort ja oder nein lauten mußte. So etwas ist bei den Verhandlungen, wie wir sie führen, unmöglich. Auf die Anfrage eines Journalisten erwiderte Sir Edward Grigg: Wir kennen die französische Auffassung nicht. Wir werden wahrscheinlich erst morgen vormittag, vielleicht aber auch noch heute abend Besprechungen mit ihnen haben. Im gegenwärtigen Augenblick prüfen die anderen Delegationen, jede für sich. Es werden informelle Besprechungen folgen; hierauf wird die Unterkommission der ersten Kommission zusammenberufen werden. Auf jeden Fall bildet das russische Dokument die Grundlage für eine Antwort durch die Unterkommission, und diese Antwort wird erfolgen.

Danach erklärt die englische Delegation die Note als genügende Verhandlungsgrundlage. Es bleibt die Aeußerung der Franzosen abzuwarten. In Paris liegt die Entscheidung, ob die Genuakonferenz mit einem allgemeinen Abkommen, oder eine Reihe von Sonderverträgen enden wird. Sowjetrußland ist auf beide Eventualitäten gefaßt.

## Die Antwortnote.

Die vormittags von Tschitscherin persönlich Schanzer übergebene Antwort der russischen Delegation auf das Memorandum wurde der Presse erst um 4 Uhr bekannt gegeben. Die Russen haben weder mit Ja noch mit Nein geantwortet. Sie haben die Forderungen der Artikel 1 und 13 sowie in dem Artikel 7 vorgesehenen Schiedsgerichte abgelehnt, sich aber mit der Entschädigung der ausländischen Kapitalisten in der bereits mitgeteilten Form (Gewährung von Vorrechten bei Erteilung von Konzessionen und Beteiligung an gemischten Gesellschaften) einverstanden erklärt. Sie erklären, daß sie an der Gewährung von Krediten von Regierung zu Regierung festhalten und die alleinige Gewährung von Privatkrediten als nicht ausreichend betrachten. Die Antwort ist in jenem Rahmen gehalten, den der Brief Tschitscherins an Lloyd George vorgezeichnet hat.

## Die Einleitung.

Die Antwortnote besteht aus drei Teilen. Im ersten Teil der Einleitung stellt die russische Delegation fest, daß das Memorandum der Alliierten sowohl gegenüber dem in der Villa Albertt getroffenen Abkommen wie auch dem Londoner Ultimatum und den in Cannes gefaßten Entschließungen gegenüber einen Rückschritt bedeute. Obwohl die Mächte immer davon gesprochen hätten daß im Vordergrunde der Konferenz von Genua die Frage des Wiederaufbaus Europas stehen solle, spreche das Memorandum nur von der Vergangenheit, nicht aber von der Zukunft. Man habe der russischen Delegation nicht einmal die Möglichkeiten gegeben, in der Expertenkommission zur Wirtschaftsfrage ihr Programm für den künftigen Wiederaufbau Rußlands darzulegen. So habe sich vor allem eine verhängnisvolle Einstellung bei der Erledigung der russischen Fragen ergeben.

Weiter wird ausgeführt, daß es den Mächten, die es nicht angelegen sein lassen, die Finanzfrage (Kriegs- und Vorkriegsschulden) in den Vordergrund der Verhandlungen zu rücken, in Wahrheit nur, um politische Zwecke zu tun sei. Es heißt dann wörtlich:

„Die politische und die soziale Reaktion, die in den meisten Staaten auf die Kriegszeit folgte, versucht durch die Niederwerfung Rußlands, das gegenüber individuellen Tendenzen kollektive Tendenzen verteilt, den Triumpf des individuellen Kapitalismus durchzusetzen. Die Sowjetdelegation hat sich geweigert und weigert sich noch immer, in die Verhandlungen von Genua politische Tendenz hineinzutragen, aber sie muß feststellen, daß die Versuche, auf der Konferenz von Genua das Programm einer Partei oder eines sozialen Systems triumphieren zu lassen, gegen den Geist von Cannes verstoßen. Diese Versuche würden von gewissen Mächten unternommen."

Weiter heißt es:

„Wenn die Arbeiten der Konferenz gefährdet werden, so muß die Verantwortlichkeit dafür auf jene Mächte zurückfallen, die sich einer allgemeinen Verständigung widersetzen und die Interessen gewisser sozialer Gruppen den allgemeinen Interessen Europas gegenüberstellen.

## Zum Verbot von „umstürzlerischer Propaganda".

Indem das Memorandum von den Canner Bedingungen, die einen politischen Charakter tragen und übrigens von der russischen Regierung akzeptiert worden waren, eine einzige Bedingung, nämlich die fünfte, betr. der umstürzlerischen Propaganda, hervorhebt, erteilt es ihr gleichzeitig eine neue Bedeutung und macht aus ihr eine einseitige Verpflichtung für Rußland. Und doch hat die russische Regierung mehr als einmal bewiesen, daß die wahre umstürzlerische Propaganda von gewissen Nachbarländern, die sogar zu den Unterzeichnern des Memorandums gehören, durch die Organisation und Aussendung bewaffneter Banden betrieben worden ist.

Indem das Memorandum besagter Canner Bedingung abermals eine erweiternde Auslegung gibt, verlangt es von Rußland „auf seinem Hoheitsgebiet jeden Versuch zur Unterstützung revolutionärer Bewegungen in anderen Ländern zu unterdrücken". Wenn aber das Memorandum mit dieser Formel die Tätigkeit der politischen Parteien oder der Arbeiter-Organisationen zu untersagen beabsichtigt, kann die russische Delegation dieses Verbot nicht dulden, es sei denn, daß die staatliche Möglichkeit mit den Landesgesetzen im Widerspruch steht. Mit derselben Klausel verlangt das Memorandum von Rußland, „es solle sich jeder Handlung enthalten, die den politischen oder territorialen Status quo in anderen Staaten stören könnte." Die russische Delegation erachtet diesen Vorschlag für einen verschleierten Versuch, Rußland dazu zu bringen, die mit anderen Staaten abgeschlossenen Verträge anzuerkennen. Indessen ist dies eine politische Frage, welche Rußland im gegebenen Augenblick mit den in Frage kommenden Mächten zu besprechen bereit ist.

### Die Frage der Kreditgewährung, des Privateigentums, der Schulden und der Artikel 7

werden dann eingehend besprochen und alle Widersprüche des Memorandums aufgedeckt. Daraufhin sind der Note angegliedert:

Die russische Regierung hat ihre Vertreter auf die Konferenz von Genua geschickt in der Hoffnung, hier mit den anderen Staaten zu einer Einigung zu gelangen, welche, ohne an dem als Folge der Revolution und der siegreich zurückgewiesenen Interventionen aufgestellten sozialen und politischen Regime zu rühren, nicht zur Erschwerung, sondern zur Erleichterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Rußlands führen und gleichzeitig den Weg zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Europas freimachen würde. Aber dieses Ziel setzte voraus, daß die fremden Mächte, welche die bewaffnete Intervention in Rußland organisiert haben, darauf verzichten würde, zu Rußland im Tone eines Siegers gegenüber einem Besiegten zu sprechen. Rußland ist nicht besiegt worden! Die einzige Tonart, welche zu einem gemeinsamen Abkommen führen könnte, wäre diejenige, die unter Mächten, die miteinander auf dem Fuße der Gleichberechtigung verhandeln, üblich ist.

Rußland bleibt, um zu einer Einigung zu gelangen, bereit, den fremden Mächten ernsthafte Konzessionen zu machen, aber durchaus nur unter der Bedingung, daß diesen Konzessionen gleichwertige Konzessionen des anderen Teiles zugunsten des russischen Volkes entsprechen. Das russische Volk würde kein Abkommen annehmen können, in welchem nicht die Konzessionen durch wirkliche Vorteile aufgehoben würden.

Die russische Delegation stellt fest, daß das große Hindernis, welches den Fortgang der Konferenzarbeiten bisher gehemmt hat auf dem Umstande beruht, daß die oben ausgesprochene Idee der Gegenseitigkeit noch immer nicht von allen Mächten hinreichend geteilt wird. Die russische Delegation kann nicht jedoch umhin, zu betonen, daß die Besprechungen, welche stattgefunden haben, einer engeren Annäherung zwischen Sowjetrußland und den fremden Mächten den Weg geöffnet haben. Die russische Delegation gibt daher der Ansicht Ausdruck, daß bei der Lösung der zwischen ihr und den fremden Mächten anhängenden finanziellen Schwierigkeiten hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten nicht hindern dürfe, daß die anderen, alle Länder interessierenden Probleme zu allererst und die Festigung des Friedens in Genua gelöst werden können und müssen. Rußland ist auf die Konferenz mit versöhnlichen Absichten gekommen, und gibt sich auch weiter der Hoffnung hin, daß sein Streben in dieser Hinsicht von Erfolg sein wird.

# Unsere nächsten Aufgaben.

Wenn der „Vorwärts" über die KPD schreibt, dann gebraucht er keine anderen Wendungen, als „die Reste des deutschen Kommunismus", „die noch übrig gebliebenen kommunistischen Gruppen", und wenn die Welt vor einer internationalen Konferenz sprechen, dann sind sie die Partei des deutschen Proletariats. Inzwischen mehren sich die Anzeichen, daß das große Sterben der Mehrheitssozialdemokratie angefangen hat. Vor kurzem eroberten die Kommunisten die Mehrheit der Betriebsräte in Chemnitz. Darauf folgte die Eroberung der Mehrheit der Betriebsräte in Hamburg. Jetzt finden Wahlen zum Gewerkschaftskongreß statt. Und siehe da; in Nürnberg erobern die Kommunisten im Metallarbeiterverbande die Mehrheit. Dasselbe ist der Fall in Bochum. In Dresden kriegen die Kommunisten ebensoviel Stimmen wie die Mehrheitssozialdemokraten oder die Unabhängigen. In Berlin sind alle 16 Kommunisten durchgebracht.

Was bedeutet das? Haben wir Kommunisten die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter uns? Nein, das ist leider noch nirgends der Fall. Und es wäre ein großer Irrtum, sich darüber Illusionen zu machen. Wir sind noch sogar in den ausschlaggebenden Zentren der Arbeiterbewegung eine Minderheit. Das scharf im Auge zu behalten, ist eine Notwendigkeit, wenn die Kommunistische Partei in der Zukunft die Mehrheit des Proletariats für sich gewinnen will. Aber es unterliegt gar keinem Zweifel, daß wir vielerorts die Mehrheit der politisch aktiven Arbeiter schon für uns gewonnen haben. Diese Tatsache ist ein bedeutungsvolles Symptom. Die Kommunistische Partei hat von der alten Sozialdemokratie weder Zeitungseinrichtungen, noch den Parteiapparat geerbt, sie mußte alles von Anfang an selbst ausbauen, wobei sie durch die immerfort einsetzenden Verfolgungen an ihrer Arbeit schwer behindert wurde. Ihre Presse ist, verglichen mit der sozialdemokratischen, sehr gering. Der sozialdemokratischen Presse und den Druckereien stehen die Druckaufträge der Gewerkschaften, Konsumvereine und vielerorts der Behörden zur Verfügung. Die Sozialdemokratie ist eine Regierungspartei. Sie hat Stellungen zu vergeben und trotz alledem verliert sie von Tag zu Tag an Boden. Sie verliert an Boden, weil sie als Regierungspartei, die in einer Regierung mit dem Bürgertum sitzt, in den Augen der Massen verantwortlich ist für all das Schwere, das den Rücken der Arbeiter belastet. Ein Teil ihrer Anhänger rückt mißmutig zur Seite, verzichtet auf die Beteiligung an der Politik, ein anderer wandert ab zur USPD. und der KPD. Daß die Kommunistische Partei von dieser politischen Zersetzung der SPD. profitiert, ist auch sehr bezeichnend. Die ganze Lage ist so, daß die Arbeitermassen von keinen himmelhoch jauchzenden Stimmungen erfaßt sind. Der Prozeß der Entwicklung in Deutschland geht sehr langsam vor sich, und es könnte scheinen, daß der Boden für die Kommunistische Partei sehr steinig ist, und trotzdem wächst sie an Kraft und Macht. Die Massen, die zu ihr kommen, kommen nicht, weil sie entschlossen sind, in dem letzten Kampf um die Macht einzutreten, sondern weil sie um ein Stückchen Brot kämpfen wollen und sich überzeugt haben, daß die Kommunistische Partei diesen Kampf ehrlich führen will. Mögen auch unsere Uebergangslosungen sich durch nichts unterscheiden von den Uebergangslosungen der USPD. Diese Massen haben den Eindruck gewonnen, daß wir um diese Losungen viel standhafter als die USPD. zu kämpfen gewillt sind.

Welche sind die Aufgaben der Partei in dieser Situation? Sie hat in erster Linie diese Massen organisatorisch zu erfassen; aber nur ein geringer Teil wird in die Partei eintreten; der Partei anzugehören, bedeutet, große materielle Opfer zu bringen. Keine einzige Partei fordert so große materielle Opfer wie die „von Moskau ausgehaltene" KPD. Und jedes Mitglied der KPD. muß viele Abende in der Woche, nach der schweren Arbeit in der Fabrik, organisatorische Arbeiten für die Partei leisten. Dazu ist nur die Elite der Arbeiterschaft fähig; aber wenn wir nicht alle Arbeiter in die Partei eingliedern können, die mit uns sympathisieren, so bedeutet es nicht, daß wir sie nicht zu erfassen versuchen müssen. Wir müssen sie zu organisieren suchen um unsere kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften, wir müssen die Betriebsräte herausreißen aus dem Scheinleben, das sie führen und zu großen Massenorganisationen des Proletariats umwandeln, die wenigstens geistig die Proletarier zusammenhalten. Wir müssen für besondere Anlässe die mit uns sympathisierenden Arbeiter zu losen Organisationen zusammenfassen. Der Kampf um die Einberufung des proletarischen Weltkongresses gibt eine glänzende Gelegenheit dazu. Immer populärer wird der Gedanke des Weltarbeiterkongresses in den Arbeitermassen.

# Der 31. Mai marschiert.

Das „Echo de Paris" schreibt, daß die deutsche Antwort an die Reparationskommission an hoher Stelle wie folgt beurteilt wird: Die Reparationskommission fährt in ihrer Rolle fort, indem sie die Antwort der deutschen Regierung prüft. Diese Antwort ist natürlich im Ministerrat besprochen worden. Die französische Regierung wird aber nicht in die Beratung der Note eingreifen. Sie ist der Ansicht, daß ein leichter Fortschritt erzielt worden ist, daß aber die Antwort ganz und gar ungenügend ist. Die Deutschen werden sich noch Siebenmeilenstiefel anlegen müssen, um zu einem Ergebnis zu gelangen. Die Ankunft des Finanzministers Hermes in Paris zeigt, daß die Deutschen die Unterhandlungen fortsetzen wollen mit der Absicht, zu einer befriedigenden Lösung zu kommen. Man hat hier den Eindruck, daß die Deutschen zu sehr auf die französisch-englischen Meinungsverschiedenheiten in Genua spekulieren, sie sollten aber begreifen, daß diese Meinungsverschiedenheiten nur oberflächlich sind, und daß Frankreich und England den gegenseitigen Willen haben, sich mehr als je zu nähern. Frankreich und England sich schließlich einigen, die Deutschen müssen aber den Versailler Vertrag erfüllen und damit ist alles gesagt.

[illegible] wir die Initiative zur Bildung parteiloser Arbeiterkomitees zum Zwecke des Kampfes um den Weltarbeiterkongreß ergreifen. [illegible] Eine Stadt nach der anderen, ein Industriebezirk nach dem anderen muß auf diese Weise erobert werden. Und die Arbeiter, die wir auf diese Weise für die Kommunistische Partei, als die einzige, die ehrlich für die Einheitsfront eintritt, gewinnen, haben wir zu überzeugten Kommunisten zu machen. Wir haben ihnen zu zeigen, wodurch wir Kommunisten uns grundsätzlich von den anderen Arbeiterparteien unterscheiden und warum die proletarische Einheitsfront erst dann festgefügt stehen wird, wenn die Kommunisten die große Mehrheit der Arbeiterklasse erobert haben.

Es wäre lächerlich zu verkennen, daß wir diese organisatorische Arbeit der Erfassung der sogar mit uns schon sympathisierenden Arbeiter noch sehr ungeschickt, sehr unbeholfen ausführen. Es genügt nicht, aus zehn Ortschaften Resolutionen von zehn Fabriken zusammenzuschleppen und zu rufen: „Die Einheitsfront ist da!" Sie ist noch nicht da, und es ist noch schwere Arbeit zu leisten, bevor sie eine Tatsache sein wird.

Die KPD. hat die Fehler der Märzaktion längst überwunden. Wie groß diese Fehler waren, sie haben eben durch ihre Schwere die Partei gedanklich gereinigt und fähig gemacht, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern. Wir sind auf dem besten Wege dazu, aber es ist dazu notwendig, daß wir nicht nur ins Blaue hinaus agitieren, sondern zielbewußt und planmäßig organisieren. Und die Arbeit der Verwandlung der Sympathisierenden in Kommunisten erfordert, daß wir lernen, ruhig, sachlich, klar unsere Gründe den breitesten Massen der Arbeiter auseinanderzusetzen. Wir sollen nicht fürchten, einen Hund Hund zu nennen, wir sollen nicht fürchten, jede Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse entsprechend zu brandmarken; aber nicht in starken Worten, sondern in der Sachlichkeit unserer Argumente, in der Glut unserer Ueberzeugung liegt unsere Anziehungskraft.

Der Zentralausschuß der Partei, der jetzt zusammentritt, wird Stellung nehmen müssen zu neuen großen Fragen, um die in der nächsten Zeit die Partei zu kämpfen haben wird. Es sind in erster Linie zwei Fragen: **der Kampf gegen die neue Steuerlast und der Kampf um den Weltarbeiterkongreß**, der uns obliegen wird. Beide erfordern tüchtige politische Orientierungsarbeit und noch tüchtigere Organisationsarbeit. Wir werden sie leisten mit dem Gefühl, daß sich die Linie des deutschen Kommunismus in aufsteigender Richtung bewegt und daß wir nicht nur großen Kämpfen, sondern auch großen Siegen entgegen gehen. Aber diese Kämpfe werden wir nur dann bestehen, die Siege nur dann erfechten, wenn wir uns sagen: es gilt, stark, ruhig, sachlich und intensiv zu arbeiten!

## [illegible] Weltkongreß [illegible]

[illegible] am 11. Mai 1922 [illegible]

[illegible] notwendig ist, den Weltarbeiterkongreß auf schnellstem Wege [illegible]. Denn nur dadurch [illegible] die Verbände und Funktionäre der drei Arbeiterparteien den einzigen Weg um dem Internationalen Kapital entgegenzutreten. Die Anwesenden fordern von ihren Zentralleitungen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit endlich der proletarische Weltkongreß zustande kommt.

## Die russische Antwort und die Krise in der Entente.

A. R. „Der politische und soziale Rückschritt, der in den meisten Ländern auf die Kriegsjahre gefolgt ist, sucht in der Niederlage des sowjetischen Rußlands, welches die kollektivistischen Tendenzen der Gesellschaftsorganisation darstellt, den vollkommenen Triumph des kapitalistischen Individualismus." — In dieser Formel erfaßt die russische Antwort auf das Entente-Memorandum den Sinn des Streits um den berüchtigten Artikel 7 von Genua. Das westliche Kapital will die Notlage Sowjetrußlands ausnutzen und die russische Regierung zwingen, den Gedanken des Sozialismus feierlich abzuschwören. Rußland braucht zur Wiederaufrichtung seiner Wirtschaft das Geld der Kapitalisten des Auslands. Die russische Arbeiterschaft würde lieber die zur wirtschaftlichen Erneuerung nötigen Produktionsmittel von der Arbeiterschaft des Westens beziehen, aber in allen Weststaaten bildet die Arbeiterklasse noch die Herrschaft der Ausbeuter. Also muß Rußland sich mit diesen in Verbindung setzen und versuchen, mit ihnen handelseinig zu werden. Wem das nicht gefällt, der mag dafür sorgen, daß in seinem eigenen Lande die Revolution schneller fortschreitet.

Sowjetrußland war und ist bereit, das Geschäft mit den Kapitalisten abzuschließen auf dem Boden der Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung. Denn — wie die russische Antwort noch einmal eindringlich betont: — „Rußland ist nicht besiegt worden". Die Vertreter der Sowjetmacht haben es nicht nötig, frei nach Walter Rathenau, zu den Füßen der Entente-Gewaltigen um gutes Wetter zu winseln. Rußland trägt schwer an seiner wirtschaftlichen Isolierung, aber es hat bereits einzelne Breschen in die Mauer geschlagen, die es von den Produktionsländern des Westens trennt. Rußland wird nicht kapitulieren, sondern es kann warten, bis der Druck des Weltproletariats und das Gewicht der ökonomischen Tatsachen seine jetzigen Gegner zur Besinnung bringt.

Die russische Delegation kam nach Genua mit dem Willen, gewisse Zugeständnisse zu machen für Kredite und Anleihen, die das westliche Kapital Sowjetrußland gewähren würde. Das Memorandum der Entente schwieg sich über die Kredite und Anleihen aus, forderte aber von der Sowjetmacht die Anerkennung aller möglichen Verpflichtungen. Ueberdies bescherte der Artikel 7 der Entente-Denkschrift der Sowjetmacht einen internationalen Schiedsgerichtshof, zusammengesetzt aus 4 Fremden und einem Russen. Dieses Schiedsgericht würde zu bestimmen haben, in welchem [illegible] die sozialisierten Betriebe ihren früheren Eigentümern zurückerstattet werden. Dieses Schiedsgericht wäre die kapitalistische Nebenregierung auf dem Boden des revolutionären Rußlands. Aber die Sowjetregierung wird niemals vor vier Ententejuristen abdanken.

Die russische Delegation sagt in ihrer Antwort weder ja noch nein; sie bleibt zu weiteren Verhandlungen bereit, aber sie betont, daß Rußland den fremden Mächten nur dann ernsthafte Konzessionen machen wird, wenn diesen Konzessionen gleichwertige Konzessionen des anderen Teils zugunsten des russischen Volkes entsprechen. Das russische Volk würde kein Abkommen annehmen können, in welchem nicht die Konzessionen durch wirkliche Vorteile aufgehoben würden!

Sowjetrußland hat gesprochen. Das Wort hat nun die Entente-Diplomatie. Es scheint, daß sie nicht **ein** Wort, sondern verschiedene Worte sprechen wird, und zwar Worte entgegengesetzten Inhalts. In den letzten Tagen hat sich der Gegensatz zwischen Frankreich und England, oder besser gesagt der Konflikt zwischen den französischen Kapitalisten und dem Ministerium Lloyd George außerordentlich zugespitzt. Das vielbesprochene Alarm-Telegramm, das vor einigen Tagen Herr Wickham Steed aus Genua der „Times" schickte, ist zwar von englischer, offiziöser Seite dementiert worden. Trotzdem ist es ganz klar, daß Herr Steed die Wahrheit sagte. Das Wesentliche seines Telegramms lag ja darin, daß er den Inhalt einer Besprechung zwischen Lloyd George und Barthou wiedergab. In dieser Unterredung hat der Engländer den Franzosen deutlich zu verstehen gegeben, daß es mit der Entente zwischen ihren beiden Staaten zu Ende sei. Frankreich habe die Freundschaft Belgiens der Freundschaft Englands vorgezogen und müsse jetzt die Konsequenzen tragen. Zwei Tatsachen beweisen, daß Lloyd George wirklich in diesem Sinne gesprochen hat. Erstens der Vortrag, den Barthou nach der kritischen Unterredung mit Lloyd George in Genua den Vertretern der englischen Presse hielt. Barthou's Ausführungen waren nichts weiter als eine Antwort auf Lloyd Georges Kampfansage. Und aus den Bemerkungen des Franzosen kann man ohne weiteres das entnehmen, was der Engländer gesagt haben muß. Zweitens brachte kürzlich der „Manchester Guardian", dessen intime Beziehungen zur Lloyd George-Regierung bekannt sind, einen Aufsehen erregenden Leitartikel. Dort wird ganz nüchtern erklärt, daß England in Genua einen Sondervertrag mit Rußland schließen werde, wenn Frankreich sich ausschaltet, und überdies habe es gar keinen Zweck, die Fiktion der englischen und französischen Eintracht noch länger aufrecht zu erhalten.

Scheinbar geht der Konflikt Englands mit Frankreich immer noch in erster Linie um die Behandlung Rußlands. Lloyd George scheint bereit, mit den Russen weiter zu verhandeln, während Poincaré und die Belgier auf die bedingungslose Rückgabe der sozialisierten Betriebe an die früheren ausländischen Besitzer bestehen. Aber die Wurzel des Konflikts liegt nicht auf russischem, sondern auf deutschem Boden. Lloyd George will verhindern, daß die französischen Kapitalisten mit Hilfe der Reparationspolitik Deutschland dem englischen Einfluß entziehen. Lloyd George würde sich nicht scheuen, eine Entente mit Deutschland und Rußland an Stelle des bisherigen Einvernehmens mit Frankreich zu sehen.

Kommt es aber wirklich so weit? Gehört die englisch-französische Entente wirklich der Vergangenheit an? Das ist doch sehr zweifelhaft. Denn Lloyd George ist nicht die englische Kapitalistenklasse. Der wütende Feldzug, den die Northcliffe-Presse gegen Lloyd Georges Außenpolitik führt, die sachlich ganz gleiche Haltung, die Männer wie Lord Grey, Lloyd Derby und Lloyd Robert Cecil einnehmen, entspringt nicht einer einseitigen Franzosen-Schwärmerei oder Deutschfeindlichkeit oder persönlichen Verstimmungen. Sondern die nüchternen Köpfe des englischen Kapitalismus sagen sich: ein Wiederaufbau Europas im kapitalistischen Sinn ist nur dann möglich, wenn Amerika das Geld dazu gibt. Amerika wird aber nur dann Kapitalien in Europa hereinstecken, wenn es zur Stabilität der europäischen Verhältnisse Vertrauen hat. Dieses amerikanische Vertrauen wird aber nur kommen, wenn sich die europäischen Hauptmächte, also England und Frankreich, auf ein gemeinsames Programm einigen. Lloyd George versperrt diesen Weg, also muß er verschwinden.

Lloyd Georges Stellung ist schon seit Monaten so schwach, daß er diesem Willen und dieser Ueberzeugung der Hauptvertreter des englischen Kapitals kaum wird standhalten können. Nach Lloyd George käme dann wieder die neue Errichtung der kapitalistischen Einheitsfront auf Kosten von Sowjetrußland, auf Kosten des deutschen Proletariats und der Arbeiterschaft aller anderen Länder. Auch die neueste Entente-Krise zeigt nur die unbedingte Notwendigkeit der internationalen proletarischen Einheitsfront, deren [illegible] der Weltarbeiterkongreß [illegible] hat.

## [illegible]

[illegible]

Damit ist die Sache erledigt. Und wer jetzt noch es wagt, von Deutschlands Schuld am Weltkrieg zu sprechen, beleidigt die Münchener Richter und wird sofort von [illegible] eingelocht. Wir Kommunisten müssen freilich bekennen, daß die Art, wie unsere [illegible], Rechtssozialisten und [illegible] gegen die „Schuldfrage" debattieren, kindisch ist. Der Weltkrieg ist 1914 ausgebrochen, nicht weil Wilhelm oder Poincaré schlechte Menschen waren, sondern weil die kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Zeitalter des Imperialismus zu dieser Entladung führen mußten.

Der Streit um Oesterreichs Ultimatum an Serbien ist demgegenüber ganz nebensächlich. Aber den deutschnationalen Geschichtsfälschern muß man es ins Gesicht sagen: daß die Regierung Wilhelm-Bethmann Oesterreichs-Ultimatum an Serbien vor seiner Absendung gekannt hat, stand bereits fest und steht seit dem Münchener Prozeß fester denn je. Wer das noch nicht gewußt hat, dem hat es der Brief des alten Grafen Lerchenfeld an Hertling vom 9. Dezember 1914 gezeigt, den Fechenbach im Prozeß vorlegen konnte. Aber was kümmert unsere Orgesch-Richter die historische Wahrheit, wenn es gilt, die schwarz-weiß-rote Fahne rein zu waschen! Aber man kann nicht wissen: wenn Lord Northcliffe es seinem jüngsten Tintenkuli Ludendorff befiehlt, werden unsere Deutschnationalen auch die Schuld am Kriege gegen blanke Pfund-Noten gern auf sich nehmen.

## Der Fall Anspach.

Die sozialdemokratische samt der übrigen bürgerlichen Presse ist des Ruhmes voll, weil es der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums gelungen ist, einen Entente-Spion, **Erich Anspach** mit Namen, zu verhaften. Dieser Anspach soll nach der Mitteilung der Polizei eine Art umgekehrter Dreifuß sein: dieser wurde mit gefälschten Dokumenten des Landesverrates überführt, während Herr Anspach mit angeblich gefälschten Dokumenten seine Auftraggeber, vor allem den französischen Kriegsminister, hereingelegt haben soll.

An und für sich ist der Fall Anspach nichts weiter als ein Betriebsunfall, wie er derartigen Nicht-Gentlemans, deren Handwerk unter dem Schutze Weißmanns und des Herrn Weiß im Ebert-Deutschland besonders üppig blüht, mehr oder minder häufig zuzustoßen pflegt. Zu einem politischen Fall wird er nur dadurch, daß Regierung, bürgerliche und SPD.-Presse sich darin finden, daß sie aus den angeblichen Fälschungen des Herrn Anspach beweisen wollen, wie harmlos die deutsche Orgesch die Waffenfunde der Gegenrevolution, die Regimentstage der Monarchisten, kurz, die Rüstungen der Revanchepolitiker in Deutschland sind. Weil die sozialdemokratischen Minister zu feige sind, gegen die immer frecher werdende deutsche Gegenrevolution vorzugehen, deshalb muß ihnen innen- und außenpolitisch der Fall Anspach zu einem Mittel werden, die Ungefährlichkeit der Offiziersbanden der Entente und den deutschen Spießern vorzuschwindeln. Mag Anspach wirklich als der „größte Fälscher des Jahrhunderts" die französischen Imperialisten hereingelegt haben: daß dadurch die wirklichen Waffenfunde in Deutschland die innen- und außenpolitische Gefährlichkeit der revanchedurstigen Offizierskliquen nicht beseitigt wird, ist jedem Einsichtigen klar. Es wäre deshalb zweckmäßiger, und für die Aufklärung der Oeffentlichkeit wichtiger gewesen, wenn die Abteilung Ia, die die Presse so reichlich mit den Mitteilungen über die Fälschungen des Herrn Anspach versorgt hat, auch einmal bekannt gegeben hätte, welche echten Dokumente Anspach ausgeliefert hat.

Eines ergibt der Fall Anspach wiederum ganz klar: Der Kampf gegen den deutschen Militarismus wird nicht durch Denunziationen an die mit demokratischen Phrasen sich verbrämenden Gewaltpolitiker des Entente-Imperialismus geführt. Er kann nur geführt werden durch den Massenkampf der Arbeiter in Deutschland selbst, die jede Erhebung der Gegenrevolution im Keime ersticken müssen.

## Die Auslieferungsschmach.

Im Preußischen Landtag ist von den Kommunisten folgender Antrag eingebracht worden:

Der Italiener Boldrini ist auf Grund eines Festnahmeantrages aus dem Juli 1921 am 5. Dezember 1921 verhaftet worden. Die italienische Botschaft ersuchte am 7. Dezember Boldrini bis zum Eintreffen des Auslieferungsantrages in Haft zu behalten. Der deutsch-italienische Auslieferungsvertrag sieht eine Frist von 20 Tagen vor. Der italienische Antrag auf Auslieferung ist aber erst am 28. Dezember, also nach Ablauf der Frist, eingegangen. Trotzdem wurde Boldrini, der unter dem Verdacht steht, an einem Bombenattentat beteiligt zu sein, weiter in Haft gehalten und am 4. Mai d. J. an Italien ausgeliefert.

Boldrinis Auslieferung bedeutet daher nicht nur eine Verletzung des Asylrechtes, sondern auch des deutsch-italienischen Auslieferungsvertrages.

Augenblicklich befinden sich zwei weitere Italiener, [illegible] und Bacht, in Berlin bzw. in Bochum in Haft. Die italienische Regierung fordert die Auslieferung auch dieser beiden revolutionären Arbeiter.

Das Staatsministerium wird ersucht, die zuletzt genannten Italiener nicht auszuliefern.

Der Landtag mißbilligt zugleich aufs schärfste die Festhaltung und Auslieferung Boldrinis.

Berlin, den 10. Mai 1922.

**Gebt für die „Rote Hilfe".**

[illegible]

[illegible]

Nach dem Vorbilde anderer, vor dem Abgrunde stehender kapitalistischer Länder, wurde auch im kleinen Finland versucht, die Sammlung der Arbeiterschaft zu unterdrücken. Als zum 1. Mai gerüstet wurde, begannen deswegen schon am 26. April

[illegible]

Die Antwort auf diesen verbrecherischen und gemeinen Mord muß der Zusammenschluß des Proletariats zur Einheitsfront und rücksichtsloser Kampf bis zum Ende sein.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

# Gewerkschafts-Bewegung.

## Ein Staatsbeamter der streikt — fliegt.

**Das Urteil der Erfurter Disziplinarkammer gegen die Eisenbahner Menne, Thieme und Dibbig lautet auf die schwerste Strafe: Dienstentlassung ohne irgendwelche Ansprüche.**

Die vielen Disziplinarverfahren, die weit über das Versprechen der Reichsregierung und des in ihrem Auftrage handelnden Hundsfott-Ministers Groener hinausgingen, zeigten bereits klar und deutlich den reaktionären Charakter der deutschen Regierung, überhaupt des deutschen Staatssystems. Der Verfassungsbruch der Regierung bei Abbruch des Eisenbahnerstreiks und in den Wochen und Monaten nachher setzte sie sich frech über das den Beamten in der Reichsverfassung zugesprochene Streikrecht weg und ahndete das Streikvergehen ihr mißliebiger Beamte mit Disziplinarstrafen bis zur Entlassung ohne jeden Anspruch auf Entschädigung. Einer der „Haupträdelsführer" in den Augen Groeners waren Menne und Scharffschwerdt. Und nicht allein, daß sich der gesamte Regierungspopanz gegen diese beiden Führer der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner wandten, sondern auch die Lakaien der Regierung, die Führer des ADGB. und der SPD. suchten unter allen Umständen diese „kommunistisch angehauchten" Gewerkschaftsführer nicht nur aus ihrer Dienststelle, sondern auch von ihrem Verbandsposten zu beseitigen. Es ist ihnen Gott sei Dank und zum Nutzen der gesamten gewerkschaftlichen Beamtenbewegung nicht gelungen.

Dieses neue Urteil besagt noch einmal in ganzer Deutlichkeit, daß das Streikrecht der Beamten nichts weiter als ein papiernes Recht ist. Der Staatsbeamte, der streikt, wird ohne jede Entschädigung entlassen. Es ist anzunehmen, daß die gesamte deutsche untere Beamtenschaft, die ohnehin schon die wirtschaftliche Not nach Kräften spürt, sich der ganzen Tragweite und Schwere Urteilsspruches bewußt ist, als daß sie diese gemeinsame Provokation einer innerdeutschen Regierungspolitik über sich ergehen ließe, ohne dagegen mit allen Mitteln Sturm zu laufen und die Rückgängigmachung dieses Strafverfahrens zu erzwingen. Es geht hier nicht um Menne und Scharffschwerdt, es geht um das heiligste Recht der gesamten Beamten- und Arbeiterschaft, um das Streikrecht!

### Kommunistische Siege in Oberschlesien

Alle Künste der reformistischen Bürokraten im DEV. sind wirkungslos abgeprallt an der klaren Erkenntnis der Mitgliedermassen, daß lediglich die Kommunisten es mit dem Kampf gegen alle Feinde des Proletariats ehrlich meinen.

Bei der Wahl zum Reichskongreß der Gewerkschaften wurde von den Eisenbahnern Oberschlesiens der Kollege Jendrosch gewählt. Jendrosch ist Bezirksbetriebsrat und Mitglied der KPD.

Durch diese Wahl des Genossen Jendrosch haben die Eisenbahner Oberschlesiens, klassenbewußt an der Spitze der Proletarier Oberschlesiens marschierend, bewiesen, daß sie das Gebot der Stunde zu erfüllen wissen.

### Zwickau-Werdau.

Bei den Wahlen der Metallarbeiter zum Gewerkschaftskongreß im Bezirk Zwickau-Werdau erhielt Genosse Leistner 664 Stimmen, der Kandidat der USPD. 546 Stimmen und der der SPD. 321 Stimmen. Der Kandidat der KPD. ist somit gewählt.

### Streik in Deutsch-Krone beendet.

AK. Der vom christlichen Zentralverband der Landarbeiter und vom DLV. geleitete Abwehrstreik der Landarbeiter im Kreise Dt.-Krone (Westpreußen) ist zusammengebrochen. Ein vom Reichsarbeitsministerium eingesetzter Sonder-Schlichtungsausschuß hat in Schneidemühl einen Schiedsspruch gefällt zur Beilegung des Kampfes. Der Pommersche Landbund erklärt, „daß dieser Schiedsspruch aus triftigen Gründen niemals von der Arbeitgeberschaft anerkannt wird". Damit ist der gleiche Zustand wieder geschaffen, wie vor dem Streik, nämlich der, daß die großagrarischen Landbündler die Arbeits- und Lohnbedingungen den Landarbeitern diktieren und der DLV. kurzerhand auf die Seite geschoben wird. Außerdem kündigt der Landbund an:

„Eine Wiedereinstellung wird bei vielen auf Grund ihrer schweren Verfehlungen während des Streiks nicht erfolgen."

Das bedeutet, der Landbund wird maßregeln in dem Umfange wie es ihm beliebt. Warum konnte durch diesen Streik die Willkür der Agrarkapitalisten nicht gebrochen werden? Weil der DLV. und noch mehr der Zentralverband der Landarbeiter alles unterließen, was zu einer wuchtigen Gestaltung des Streikes hätte getan werden müssen! Nicht der geringste Versuch wurde gemacht, um den Streik auszudehnen, um die Basis des Kampfes so zu erweitern, daß ein Erfolg hätte erwartet werden können. Die Landarbeiter haben daraus die Lehre zu ziehen, daß mit der bisherigen Taktik des DLV. gebrochen werden muß, daß die unvermeidlichen Kämpfe zu Massenkämpfen gestaltet werden müssen!

### Streik in Altwasser.

In der Fabrik von Wunderlich, Keramische Industrie Altwasser, sind die Hilfsarbeiter in den Streik getreten. Der Grund sind Streitigkeiten mit Fabrikbesitzer Wunderlich. Dieser Herr stellt sich immer gegen die Arbeiterschaft sehr halsstarrig. Die Arbeiter mußten schon im Vorjahre einen längeren Lohnkampf führen.

**Es ist Sache der gesamten Arbeiterschaft, ihre streikenden Kollegen zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß keinerlei Streikarbeit geleistet wird.**

### Und er bremst doch!

Die Vertreter des alten Bergarbeiterverbandes äußerten sich in der letzten Sitzung des Reichskohlenrates angesichts der überhandnehmenden Provokationen der Zechenleitungen dahingehend, daß sie es sich bei drohenden Streiks in Zukunft überlegen würden, zu bremsen. Diese Aeußerung wurde als Ausdruck des ernsten Willens der Verbandsleitung, in dem jetzt ausgebrochenen Streik im Ruhrgebiet nicht zu bremsen, von diesen Leuten selbst angeführt.

Der „Alte Verband" hat wohl den Streik anerkannt, hat sogar ein Bündnis zwischen der Gelsenkirchner Union und seiner Organisation in das Bereich der Möglichkeit gezogen. Inzwischen haben aber in Berlin die Regierungsstellen fieberhaft gearbeitet um den Brand zu löschen. Die Regierung hat Vermittlungsvorschläge gemacht, wonach sämtliche Streikende ohne Maßregelung die Arbeit wieder aufnehmen sollen, mit Ausnahme der anläßlich der Maifeier gemaßregelten Funktionäre, über deren Einstellung ein „paritätisch" zusammengesetztes Schiedsgericht bestimmen soll. Nach einer Meldung des „Vorwärts" hat eine Revierkonferenz diesen Vorschlag mit 208 gegen 119 Stimmen angenommen. Die Belegschaften sollen durch Urabstimmung entscheiden, ob sie unter diesen Umständen die Arbeit aufnehmen wollen.

Wenn der „Alte Verband" auf die kommenden Verhandlungen über den Manteltarif hinweist und sagt, daß dann die Rechte der Betriebsräte gegenüber den Angriffen der Grubenbarone festgelegt werden sollen, so bedeutet dies, daß die Bürokraten vor der Taktik des „Bremsens" im entscheidenden Moment noch immer nicht freigemacht haben.

### Der kommunistische Gewerkschafter.

Nr. 19 ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Entwicklung der Einheitsfront in Schweden. — Die Produktionshilfe für Sowjetrußland. — Die volkswirtschaftlichen Vorträge des ADGB. — Internationale Arbeiterbewegung. — Aus den Bezirken und Industriegruppen. — Beilage: Der kommunistische Genossenschafter.

Der „Kommunistische Genossenschafter" erscheint jede Woche und ist durch alle Postämter, Bezirksleitungen oder direkt vom Viva-Verlag, Berlin SW. 61, Planufer 71, zu beziehen.

### Der Verbandstag der Bauarbeiter nach Altenburg verlegt.

Es ist wohl das erste Mal seit Bestehen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, daß die Generalversammlung eines Verbandes glaubt, sich vor der Mitgliedschaft des Tagungsortes „schützen" und absperren zu müssen, wie das jetzt bei dem Bauarbeiterverbandstag in Leipzig zu beobachten ist. Wir berichteten bereits im Morgenblatt von der ungeheuren Erbitterung der Leipziger Bauarbeiter über das Verhalten der Bürokratie auf dem Verbandstag, die es durchsetzte, daß nicht nur die mit großer Mehrheit gewählten Delegierten in Berlin, Leipzig und einer Reihe anderer Orte nicht auf der Generalversammlung zugelassen wurden, sondern die ihre Zersplitterungstaktik auch in Leipzig fortsetzt. Es kam zu der Demonstration von mehreren tausend Leipzigern Bauarbeitern, die schließlich, weil man ihre Delegation nicht vorließ und sogar die Tribünen für alle Zuhörer sperrte, in den Saal eindrangen und stürmisch die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen verlangten.

Wie uns telephonisch aus Leipzig gemeldet wird, hat heute, Donnerstag morgen, Paeplow die Sitzung zur gewöhnlichen Zeit eröffnet, in kurzen Worten mitgeteilt, daß alle Verbandsmitglieder und auch Delegierte, die sich bei den gestrigen Vor-

# Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki

6) Uebersetzt von Adolf Heß.

Die Polizisten jagten die Menge auseinander, stürzten auf den Redner los; der aber schrie, von allen Seiten dicht umringt:

„Es lebe die Freiheit! Mit ihr laßt uns leben und sterben!"

Die Mutter wurde beiseite gestoßen; sie lehnte sich voll Angst an ein Kreuz und schloß in Erwartung von Schlägen die Augen. Stürmisch durcheinander wirbelnde mißtönende Klänge betäubten sie, die Erde schwankte unter den Füßen, der Wind und die Angst erschwerten den Atem. Unruhig drang das Pfeifen der Polizisten durch die Luft, eine rohe Kommandostimme erscholl, Frauen schrien hysterisch, die hölzerne Einfriedigung krachte, und dumpf klang das schwere Stampfen der Füße auf der trockenen Erde... Das dauerte lange, und das Stehen mit geschlossenen Augen wurde der Mutter schließlich unerträglich...

Sie blickte geradeaus und stürzte mit ausgestreckter Hand schreiend vorwärts. Nicht weit vor ihr, auf einem schmalen Wege zwischen Gräbern, hatten Polizisten den langhaarigen Menschen umringt und trieben die von allen Seiten auf sie eindringende Menge zurück. In der Luft blitzten weiß und kalt die Säbel; sie flogen über den Köpfen hin und fielen schnell nieder. Spazierstöcke und Zaunlatten tauchten auf und in ihrem wilden Tanz erhob sich das blasse Gesicht des jungen Menschen; seine feste Stimme übertönte den Sturm wütender Erregung:

„Genossen! Wozu vergeudet ihr eure Kraft?..."

Er trug den Sieg davon. Die Menschen warfen die Stöcke hin, sprangen einer nach dem andern fort; die Mutter aber drang vorwärts und sah, wie Nikolai, den Hut in den Nacken geschoben, die vor Wut sinnlosen Menschen zurückdrängte. Sie hörte seine tadelnde Stimme:

„Ihr habt den Verstand verloren... so seid doch ruhig..."

Es schien ihr, als wenn seine eine Hand rot war...

„Nikolai Iwanowitsch, gehen Sie fort!" schrie sie, auf ihn zustürzend.

„Wohin wollen Sie? Mann wird Sie schlagen."

Jemand griff die Mutter an die Schulter. Neben ihr stand Sophie, ohne Hut, mit aufgelöstem Haar; sie stützte einen jungen Burschen, der fast noch ein Knabe war. Er wischte mit der Hand sein zerschlagenes, blutbeflecktes Gesicht ab und murmelte mit zitternden Lippen:

„Lassen Sie... es ist nichts..." —

„Nehmen Sie sich seiner an... führen Sie ihn nach Hause zu uns... Da ist ein Tuch... verbinden Sie sein Gesicht!" sagte Sophie schnell, legte die Hand des Burschen in die der Mutter und lief weiter, indem sie rief:

„Gehen Sie schnell fort.. Sie werden sonst verhaftet!"

In allen Richtungen eilten die Menschen auf dem Kirchhof auseinander, hinter ihnen gingen mit schweren Schritten zwischen den Gräbern die Polizisten, die sich ungeschickt in ihren Mantelschößen verwickelten, schimpften und die Säbel schwangen. Der Bursche begleitete sie mit einem Wolfsblick.

„Kommen Sie schnell!" rief die Mutter leise und wischte dabei mit dem Tuch sein Gesicht ab.

Er spuckte Blut und murmelte:

„Machen Sie sich keine Sorge... es tut nicht weh... Er hat mich mit dem Säbelgriff über das Gesicht und den Kopf geschlagen... Nun, ich hab' ihn auch... wie hab' ich ihn mit dem Stock verhauen!... Hat sogar gebrüllt!"

„Schnell!" drängte die Mutter und schritt geschwind zu der kleinen Pforte in der Kirchhofseinfriedung. Es war ihr, als wenn dort vor dem Zaun im Felde die Polizei sich versteckt hätte und sie erwartete, und sobald sie hinauskämen, würde man sich auf sie stürzen und sie schlagen. Als sie aber vorsichtig die kleine Tür geöffnet hatte und auf das Feld blickte, das in das graue Gewebe der Herbstdämmerung gekleidet war, beruhigten die Stille und Menschenleere sie sofort.

„Kommen Sie her, ich will Ihnen das Gesicht verbinden!" sagte sie.

„Ist nicht nötig... ich schäme mich auch so nicht!"

Die Mutter verband schnell die Wunde. Der Anblick des Blutes, des frischen, purpurroten, erfüllte ihre Brust mit Mitleid. Sie führte den Verwundeten schweigend über das Feld, indem sie seine Hand festhielt. Er machte seinen Mund frei und sagte lächelnd:

„Aber wohin schleppen Sie mich denn, Genossin? Ich kann alleine gehen!"

Sie sah aber, daß er schwankte und unsicher auftrat. Mit schwächer werdender Stimme fuhr er fort:

„Ich bin der Klempner Iwan... und wer sind Sie? Wir waren unserer drei im Kreise Jegor Iwanowitschs... drei Klempner... im ganzen aber elf... Wir haben ihn sehr geliebt... Gott hab' ihn selig!... Wenn ich auch nicht an Gott glaube."

In einer Straße mietete die Mutter einen Wagen, setzte Iwan hinein und flüsterte ihm zu:

„Jetzt schweigen Sie..." Sie hüllte seinen Mund in das Tuch ein.

Er erhob die Hand zum Gesicht und konnte den Mund schon nicht mehr freimachen, die Hand fiel kraftlos auf die Knie. Trotzdem murmelte er durch das Tuch hindurch weiter:

„Diese Schläge vergesse ich euch nicht, meine Lieben... Vor ihm hat sich der Student Titowitsch mit uns beschäftigt... mit Nationalökonomie... Er war sehr streng und langweilig... Dann wurde er verhaftet..."

Die Mutter umarmte Iwan, legte seinen Kopf an ihre Brust, und der Bursche wurde plötzlich schwer und schwieg. Halbtot vor Angst blickte sie finster zur Seite; es war ihr so, als wenn wieder Polizisten um die Ecke gelaufen kämen.

(Fortsetzung folgt.)

[illegible] ... Gewalttätigkeit seitens der Demonstranten vorgekommen ist.

## Breslau. Lokales.

Der Preis für das Markenbrot ist vom 15. Mai 1922 ab auf 3,75 M. für ein Pfund, gleich 15 M. für ein 4 Pfd.-Brot und 1 M. für eine Semmel von 100 Gramm Teiggewicht erhöht worden. Ebenso erhöhen sich die Preise für das Markenmehl auf 4,80 M. für das Pfund Roggenmehl, 5 M. für das Pfund Weizenmehl und 5,50 für das Pfund Krankenmehl. Die Preisheraufsetzungen sind hauptsächlich verursacht durch die seit der letzten Preisfestsetzung Mitte Februar 1922 eingetretene Erhöhung der Mühlenlöhne und des Preises für Kohle um über 100 Prozent, des Preises für Holz um über 80 Proz., der Hefe um über 150 Proz., des Zuckers um über 50 Prozent und der Gewerbesteuer um 150 Prozent. Vor allem aber war die Erhöhung unabweisbar, weil auch die Löhne der Bäckergesellen mit Rücksicht auf die in den letzten Monaten eingetretene außergewöhnliche Teuerung erheblich heraufgesetzt werden mußten.

Amtlich teilt man uns mit:

Der Breslauer Polizeipräsident hat am 25. März d. J. einer größeren Anzahl Breslauer Spielklubs die Fortsetzung des Spielbetriebes verboten und bei Zuwiderhandlung ihre sofortige Schließung angedroht. Zwei der hiervon betroffenen Vereinigungen haben gegen diese Maßnahme beim Regierungspräsidenten Beschwerde eingelegt in der Annahme, daß bei Erlaß des Verbots der Gesichtspunkt des verbotenen Spiels und die Einziehung von Räumen zu Wohnzwecken ausschlaggebend gewesen sei. Der Polizeipräsident hatte jedoch die Verfügung tatsächlich erlassen, weil der Betrieb der Spielklubs in weitesten Kreisen der Bevölkerung berechtigtes Aergernis erregt und der dauernde Spielbetrieb unter Umsatz hoher Summen in der heutigen wirtschaftlich schweren Zeit die öffentliche Meinung gefahrdrohend erregt hatte. Der Regierungspräsident hat daher die gesetzliche Grundlage für ein verwaltungspolizeiliches Einschreiten als durchaus gegeben angesehen und die Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen.

*

Die Unternehmer, Schieber und Spekulanten wissen nicht wohin mit ihren Profiten. Die Polizei wird niemals gründlich mit den Spielhöhlen aufräumen. Das werden erst die Proletarier tun, wenn sie die Profitwirtschaft selbst abschaffen.

Die städtischen Flußbadeanstalten für Mädchen und Frauen an der Burgstraße und am Ohlelaufsteg werden am Montag, den 15. Mai d. J. zum Besuche freigegeben. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pfg. für die Person. Die Bäder sind geöffnet von 9 bis 12 und 1 bis 7 Uhr, Freitag und Sonnabend bis um 8 Uhr nachmittags.

### Polizeibeamtenversammlung in Breslau.

Am 9. Mai fand in der „Bratislawia" (Exner) eine gutbesuchte öffentliche Polizeibeamtenversammlung statt, zu der alle politischen Parteien, die Vertreter der gesamten Presse und die Honoratioren der Polizei besonders eingeladen waren. Zu welchem Zweck die Oeffentlichkeit angerufen wurde, war nicht so recht zu erkennen, wahrscheinlich wollten die Hüter der öffentlichen Ruhe und Ordnung der Oeffentlichkeit beweisen, daß sie von diesen beiden Dingen nicht viel verstehen, wenn sie unter sich sind. Vier volle Stunden kämpften hier zwei Richtungen, der sogenannte Schraderverband (die früher blau Uniformierten) und der Reichsverband (die Grünen), um eine organisatorische Einheitsfront. Der Schraderverband hatte sich, um den Bruderkampf erfolgreicher zu gestalten, extra einen zum Referent des Innenministers avanzierten leibhaftigen Polizeimajor, Herrn Heimatsberg, kommen lassen, dem als Referent für die grüne Polizei nur ein kleiner Polizeiwachtmeister, der nach Aussage des Herrn Heimatsberg noch Höschen trug, als Herr Heimatsberg schon Polizeiwachtmeister war, gegenüberstand.

Der Kampf um die gewünschte „Einheitsfront" war anfänglich fast sachlich, wurde später persönlich und am Schlusse — na, es war gut für Herrn Heimatsberg, daß in diesem Kreise der Vorgesetzte immer noch Autorität besitzt, denn sonst hätte wohl der Referent sein Schlußwort nicht [illegible]. Die Einheitsfront kam nicht zustande, dafür aber hatte man Gelegenheit, von kompetentester Seite das zu erfahren, was man nur ab und zu munkeln hörte. So erzählte Herr Heimatsberg, „daß in Berlin bei der grünen Polizei ein Drillsystem herrscht, wie es in der Rekrutenzeit nicht bestanden hat."

Festgestellt muß werden, daß der Kampf um die Existenz auch von denjenigen geführt werden muß, die sich durch ihre Anstellungsbedingungen als „Schutzleute der Regierung" verpflichteten, daß auch sie von den Verhältnissen gezwungen werden, wirtschaftliche Forderungen zu stellen. Und diese Forderungen tragen einen proletarischen Charakter, z. B. Einführung des achtstündigen Arbeitstages, Beseitigung des Streikverbotes usw. Diese Forderungen sind jedem Arbeiter verständlich und die „Schutzleute" können versichert sein, daß sich aus der organisierten Arbeiterschaft kein Streikbrecher finden wird, der ihnen in den Rücken fällt, wenn

[illegible] ... Polizeimann ist, wie die Versammlung bewies, ein Proletarier, obgleich er es nicht sein möchte, abgesehen von den der Bourgeoisie entstammenden Chargen.

---

**An die proletarische Jugend Breslaus.**

**Jugendgenossen! Jugendgenossin!**

Heute abend findet in den Gambrinussälen, Ganze Gasse, eine

**Große öffentliche Jugendversammlung**

statt. Der Genosse Fritz Gäbler-Berlin spricht über das Thema: **Die Notlage der arbeitenden Jugend und die Einheitsfront des Proletariats.**

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Kommt und hört, was Euch die Kommunistische Jugend über Euer Elend zu sagen hat. Erscheint in Massen.

**Kommunistische Jugend Deutschlands**
**Ortsgruppe Breslau.**

---

Aber er ist ein Proletarier, der die wirtschaftliche und politische Entwicklung nicht begreifen kann, denn andernfalls würde er sich nicht streiten, ob seine Anstellung auf Lebenszeit nach sieben- oder zwölfjähriger Prüfungszeit richtig ist. Jeder Arbeiter weiß, daß nur dann ein Polizist oder sonstiger Angestellter der heutigen Regierung auf Lebenszeit angestellt sein kann, wenn die Regierung ihn überdauert oder wenn er v o r Beendigung der Regierung sein Leben beschloß. Der Anstellungsvertrag der Regierung „auf Lebenszeit" wird nur ein Fetzen Papier sein, wenn die Regierung keine Macht mehr hat, diesen Vertrag durchzuführen. Deshalb ist es wirklich Zeitvergeudung hierüber längere Zeit zu verlieren. Die kommende Arbeiterregierung wird die fernere Beschäftigung der Angestellten der vorhergesehenen Regierung nicht davon abhängig machen, wie lange ein Polizist oder auch ein Büroschreiber Regierungsdienst leistete, sondern davon, ob der Angestellte ein denkender Mensch oder ein Kettenhund war. Dieses Moment wird entscheidend sein.

Am Schlusse wurde eine eingebrachte Resolution zur Annahme reif gemacht und schließlich angenommen. Mak.

Ein Genosse schreibt uns:

**„Huta."**

Zum zweiten Male wird hiermit der Oeffentlichkeit bekanntgegeben, in welcher Weise das Geld aller Steuerzahler verwendet wird. Im Neubau des Wasserkraftwerks, ausführende Firma „Huta", Bauherr der Magistrat, sind zwei Pumpen in Tätigkeit, die das Wasser aus der Baugrube entfernen.

Die Pumpe an dem oberen Fangedamm ist Tag und Nacht in Betrieb, weil sie für die Arbeiten notwendig ist; dagegen die Pumpe am unteren Fangedamm kommt für die augenblicklichen Arbeiten weniger in Frage, so daß sie nur zeitweise in Betrieb ist. Am 7. Mai, Sonntags vormittag wurde an dem unteren Fangedamm gepumpt, nur zu dem Zweck, die darin befindlichen Fische zu fangen.

Anwesend waren verschiedene Herren der städtischen Bauleitung des Wasserkraftwerks, die sich an dem Fischfang beteiligten. Zu diesem Fischfang verwendet man unnütz Strom und der Magistrat erklärt stets, zu sparen.

Im Bau arbeiten ein Teil Leute im Tagelohn, d. heißt, die von ihnen geleistete Arbeit wird extra von der Stadt bezahlt. Nun verwendet man die Leute zu Arbeiten, die von Rechtswegen von der Firma „Huta" gemacht werden müßten.

Als Beispiel: zwei Mann werden abgeteilt die eichenen Pfähle in der Baugrube abzusägen, die Zeit wird auf Rechnung der Stadt geschrieben. Die Poliere der Firma „Huta" verwenden diese Leute zu verschiedenen Arbeiten, welche die Stadt nicht zu bezahlen brauchte.

*

Vielleicht wäre es angebracht, darauf hinzuweisen, daß die SPD.-Stadtverordneten des öfteren mal an diesem Bau nach dem Rechten sehen, da dieser Millionenbau von der Allgemeinheit aufgebracht wird, und ein jeder Steuerzahler das Recht hat zu wissen, auf welche Art man das Geld verwendet.

### Nieder-Altwasser.

**Berichtigung.** Der Hauptvorstand des Bergarbeiterverbandes bewilligte 1 350 000 M. und nicht 135 000 M. Statt Pehelt soll Pahelt; statt Pulke soll Rutke heißen. Für Verbandshausbau wurden 2400 M. bewilligt.

[illegible] ... Die Mitnahme der Koffer begründeten die Kriminalbeamten damit, daß gegen die drei Fremden der Verdacht des Diebstahls bestände. Die Mitnahme der Plakate damit: Sie hätten das Recht, noch mehr zu beschlagnahmen. Gewiß, eine schlagende Begründung.

Und nun eine Anfrage an Herrn zweiten Bürgermeister Dr. Wiehner:

1. Wer gibt Ihnen oder Ihren unterstellten Beamten die Erlaubnis, ohne richterliche Anordnung Haussuchungen und Beschlagnahmungen vornehmen zu lassen?
2. Billigen Sie das Vorgehen Ihrer Beamten?
3. Was gedenken Sie zu tun, um in Zukunft derartige Eigenmächtigkeiten Ihrer Beamten zu verhindern?

Wir ersuchen um Beantwortung vorstehender Fragen!

### Ober-Altwasser.

**Aus der Bergarbeiterversammlung.** In dem Bericht der „Bergwacht" über die letzte Zahlstellenversammlung der Bergarbeiter wird gegen den kommunistischen Kameraden R e i c h e l gehetzt. Es wird ihm unterschoben, in der letzten Versammlung unwahre und beleidigende Aeußerungen getan zu haben. Zu dieser gemeinen Hetze, die man von der „Bergwacht" freilich schon gewohnt ist, teilt uns der Genosse Reichel selbst folgendes mit:

„Ich lehne es ab, mich über diese Angelegenheit in der Oeffentlichkeit herumzuschlagen. Feststellen möchte ich bloß, daß ich die Versammlung gebeten hatte, die Sache am 1. Mai gleich nach der Demonstration zu erledigen, da ich durch Parteiangelegenheiten verhindert war, an der Versammlung teilzunehmen. Ich habe dies am Sonnabend vormittag den Kameraden Scholz und Kriegel schriftlich gezeigt. Aber meine Abwesenheit war gerade der geeignetste Moment, gegen mich loszuziehen, ich konnte mich ja nicht verteidigen. Danach ist die „Bergwacht-Hetze zu bewerten."

Der Genosse Reichel ist Mitglied der Ortsverwaltung und natürlich den SPD.-Leuten höchst unbequem. Deshalb suchen sie Gründe, ihn zu beseitigen. Da sachliche Gründe gegen Genossen Reichel nicht angeführt werden können, greift man zu solch schäbigen Mitteln und glaubt unseren Genossen damit zu erledigen.

Gemach, ihr Herren! Die kommunistischen Bergarbeiter werden ihren Genossen nicht euren Ränken aussetzen. Sie werden auf der Hut sein und künftig die Zahlstellenversammlungen besser besuchen. Und auch die e h r l i c h e n SPD.-Arbeiter werden das schamlose Spiel der „Bergwacht"-Leute nicht mitmachen und ihren Arbeitsbruder vor Verleumdungen schützen.

---

# K * P * D

**Kommunistische Partei Deutschlands, (Bezirk Schlesien).**

Das Werben für eine w e i t e Selbständigkeit für die einzelnen örtlichen Parteiorganisationen schwächt gegenwärtig nur die Reihen der Kommunistischen Partei, untergräbt ihre Aktionsfähigkeit und begünstigt die kleinbürgerlichen, anarchistischen, auflösenden Tendenzen.

Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution (Beschlossen vom II. Kongress der Kommunistischen Internationale Moskau vom 17. Juli bis 7. August 1920.)

**Bezirksleitung:** Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50 Fernsprecher Ring 8837. Adresse: Alfred Oelßner, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50. Postscheckkonto Breslau 588 64, Alfred Oelßner.

**Montag, den 15. Mai d. J.,** abends 7 Uhr, Verwaltungssitzung der Produktivgenossenschaft.

**Unterbezirk Breslau.** Büro: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Karl Gräf.

**Sonnabend, den 20. Mai,** abends 6 Uhr, Sitzung der Unterbezirksleitung Breslau. Wichtige Tagesordnung: Wahl eines Unterbezirksleiters. Einladung durch die Post erfolgt n i c h t. Die Ortsleitung f o r d e r t die übrigen K a s s i e r e auf, die noch nicht abgerechnet haben, dasselbe zu tun. Abt. Kasse.

**Unterbezirk Waldenburg.** Büro: Gottesberg, Langestr. Nr. 14. F. Melzer.

**Langenbielau.** Gewerkschaftskartell. Die Kartellsitzung findet nicht Dienstag, den 16. Mai statt, sondern Mittwoch, den 17. Mai abends 7,30 Uhr, bei Dinter. Der Vorstand.

Verantwortl. Redakt.: Fritz Kitzel; Inserate: Max Bichocher. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H. Druck: Püschel & Danigel, sämtlich in Breslau.

---

Schauspielhaus [illegible]
In neuer Vorbereitung und Ausstattung: Die Geisha.

Fahrräder und elektrische Lichtanlagen empfiehlt preiswert Paul Seidel [illegible]

Eisschrank 80 X 80 X 90 cm mit Zinkblech ausgeschlagen, gut erhalten, preiswert zu verkaufen. Ammon, Louisenstraße 11.

Genossen! kauft nur bei unseren Inserenten.

Möbel liefert überall hin Gel. Wenzel, Tischlermeister [illegible], Kreis Waldenburg.

KARL RADEK
GENUA
die Einheitsfront des Proletariats u. d. Kommunistische Internationale
INHALT: 1. Vor Genua: Der Bankrott des Völkerbundes / Der englisch-französische Gegensatz / Der Tanz auf dem deutschen Vulkan / Der Kampf um den Nahen Osten / Die Lage im Fernen Osten / Die politische und wirtschaftliche Bilanz der drei Jahre. 2. Der Kampf in Genua: Der neue bürgerliche Pazifismus. 3. Der Abwehrkampf Sowjetrußlands. 4. Die Einheitsfront des Proletariats.
Preis 5.- Mk. (Organisationsausgabe 3.50 Mk.)
Erste Auflage binnen 14 Tagen vergriffen
Zweite Auflage soeben erschienen
Es empfiehlt sich, die Schrift wegen der starken Nachfrage sofort zu bestellen.
Zu beziehen durch
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg
sowie durch sämtliche Buchhandlungen und die Organisationen der KPD.

**Neue Höchstpreise für Mehl, Brot u. Semmel**

Auf Grund des § 34 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 und der Ausführungsanweisung hierzu vom 26. Juni 1921 in Verbindung mit dem Reichsgesetz betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 und der hierzu ergangenen Abänderungs- und Ausführungsbestimmungen verordnen wir:

Der Höchstpreis für den Verkauf des von der Stadt Breslau gelieferten Mehles und des daraus hergestellten Brotes im Kleinhandel wird festgesetzt:

a) für 1 Pfund = 500 Gramm
Roggenmehl auf . . . . 4,80 Mk.
Weizenmehl auf . . . . 5,00 „
Krankenmehl auf . . . . 5,50 „
Roggenbrot auf . . . . 3,75 „

b) für 1 Semmel mit einem Teiggewicht von 100 Gramm auf 1,00 Mk.

Die neuen Preise treten am 15. Mai 1922 in Kraft.

**Der Magistrat.**